



Edelstal, am 14.04.2023

RESOLUTION der Gemeinde Edelstal

Energiepreisbremse für Gemeinden rasch umsetzen

Die aktuelle Energiepreisexplosion stellt Städte und Gemeinden vor enorme Herausforderungen und der finanzielle Kollaps droht. Sollte es nicht zu raschen Hilfen und drastischen Eingriffen in die Energiewirtschaft kommen, ist das soziale Leben in den Kommunen massiv gefährdet. Auch werden sich Leistungen, z.B. die Versorgung von Trinkwasser oder die Entsorgung von Müll, massiv verteuern. Kurzfristig sind Hilfgelder unumgänglich, wenn es darum geht, Städte und Gemeinden zu unterstützen!

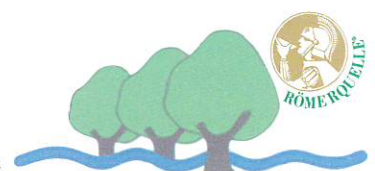
Die steigenden Kosten an die Bürger*innen weiterzugeben, ist für die Gemeinden keine Option. Ein Beispiel: Wenn die Ausgaben für die Straßenbeleuchtung nunmehr das Vielfache betragen, stellt sich für Städte und Gemeinden nicht die Frage, ob sie es sich noch leisten können, denn obwohl keine gesetzliche Verpflichtung für die Vollbeleuchtung besteht, bleibt dennoch die moralische Verpflichtung, ebenso wie die Haftungsfragen nach Schäden aufgrund mangelnder Beleuchtung auf Basis verschiedener Gesetzeslagen.

Wenn von der Politik auf EU-, Bundes- und Landesebene keine Gegenmaßnahmen ergriffen werden, führt die ungebremste Energiepreisexplosion unweigerlich zu massiven Gebührenerhöhungen und folglich zu unzumutbaren Mehrbelastungen für die Bürger*innen.

Selbstverständlich müssen die Körperschaften auch Energieeinsparmöglichkeiten prüfen! Nur zu glauben, dass die Teuerung mit Hilfgeldern, Stützungen und Förderungen bekämpft werden kann, ist eine Verkennung der momentanen Preisentwicklung.

Zusätzlich zu den Energiepreisen leiden Städte und Gemeinden massiv ansteigenden Baukosten und das führt dazu, dass Projekte auf Basis geplanter Kostenschätzungen nicht fertig gestellt, oder neue Projekte gar nicht in Angriff genommen werden.

Die Teuerungen stellen Städte und Gemeinden vor massive Herausforderungen und deswegen ist jede politische Ebene gefordert, aktiv zu werden! Die Bundesregierung hat zahlreiche Maßnahmen gesetzt und den Gemeinden Milliarden an Zuschüssen zur Verfügung gestellt. Um den vielfältigen Herausforderungen der Gemeinden zu entsprechen, sind die Kriterien für die bestmögliche Ausschöpfung der Mittel offen und großzügig definiert. Neben den bereits erfolgten Unterstützungen vom Bund soll auch die Burgenländische Landesregierung ihre verfassungsrechtliche Verantwortung für die Gemeinden wahrnehmen und tätig werden, beispielsweise im heurigen und im kommenden Jahr auf einen Teil der Landesumlage bei den Ertragsanteilen zu verzichten. Der Burgenländische Landtag soll damit befasst werden, und die notwendigen Schritte in die Wege zu leiten!



Aus genannten Gründen fordern wir die Bundesregierung auf:

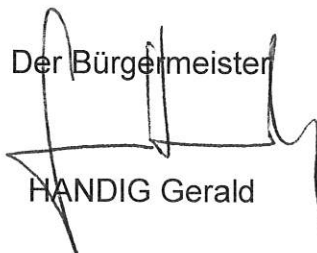
- Kurzfristige und rasche Hilfe für Städte und Gemeinden ohne Kofinanzierung! Die Regierung muss ein Hilfspaket schnüren, damit die Energiepreise bewältigt werden können, die soziale Infrastruktur aufrechterhalten und eine überdurchschnittliche Gebührenerhöhung für die Ver- und Entsorgungsleistungen abgewendet werden kann.
- Einsatz für die Entkoppelung des Strompreises vom Gaspreis.
- Einführung eines Gaspreisdeckels, damit die Energiepreise wieder sinken.
- Sensibilisierungskampagnen in den Städten und Gemeinden zu forcieren, damit dort - wo es sinnvoll ist - Energie eingespart wird, ohne das soziale und gesellschaftliche Zusammenleben der Menschen zu gefährden.
- Massive Erhöhung der Fördermittel zum Ausbau erneuerbarer Energie für thermische Sanierungen und raschere Genehmigungsverfahren für erneuerbare Energieanlagen.
- Einsatz auf europäischer Ebene für eine umfassende Lösung des Energieproblems.

Aus genannten Gründen fordern wir die Burgenländische Landesregierung auf:

- Senkung der Strompreise und Ausschüttung der Dividende, denn das Land Burgenland ist mit 51% Beteiligung Mehrheitseigentümer an der Burgenland Energie AG.
- Auflösung der Rücklagen in der Burgenland Energie AG auflösen um die burgenländischen Gemeinden bestmöglich zu unterstützen.
- Verzicht auf die Landesumlage in den Jahren 2023 und 2024, um so die Gemeinden direkt Geld zurückzugeben.

Der Gemeinderat der Gemeinde Edelstal hat die vorliegende Resolution in seiner Sitzung am 22. März 2023 mehrheitlich beschlossen.



Der Bürgermeister

HANDIG Gerald

Ergeht an:

1. Bundeskanzler Karl Nehammer, MSc
2. Vizekanzler Mag. Werner Kogler
3. Finanzminister Dr. Magnus Brunner, LL.M.
4. Energieministerin Leonore Gewessler, BA
5. Arbeits- und Wirtschaftsminister Mag. Dr. Martin Kocher
6. Minister für Regionen Mag. Norbert Totschnig, MSc
7. Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil
8. Landtagspräsidentin Verena Dunst
9. Österreichischer Städtebund
10. Österreichischer Gemeindebund
11. Alle Parlamentsklubs (ÖVP, SPÖ, FPÖ, GRÜNE, NEOS)
12. Landeshauptleutekonferenz
13. Österreichs E-Wirtschaft